



Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, BmU Erkrath, FDP Erkrath und DIE LINKE Erkrath zur Vorstellung der Bürgerbeteiligungssoftware Consul.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionen B90/Grüne, BmU, FDP und DIE LINKE beantragen für den nächsten HFA am 24.06. die Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung:

### Bürgerbeteiligung erfolgreich in Erkrath praktizieren

Mit der neuen Plattform „Beteiligung.NRW“ plant das Digitalministerium Nordrhein-Westfalen ein zentrales Bürgerbeteiligungsportal für die Behörden der Landesverwaltung, um mehr Öffentlichkeitsbeteiligungen durchzuführen.

Auf ihrer Internetseite: Wir in NRW: das Landesportal schreibt sie dazu: *Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am Verwaltungshandeln ist ein zentraler Baustein der Open Government-Strategie NRW. Die Möglichkeit zur Teilhabe unterstützt eine lebendige Demokratie und ermöglicht der Regierung sowie den Verwaltungen effizienter und im Sinne der Bevölkerung zu arbeiten.*

Vor wenigen Wochen, am 11.05.2021 wurde die Beschlussempfehlung und der Bericht der Enquetekommission NRW zum Thema „Subsidiarität und Partizipation vorgelegt. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive als Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 12.10.2018 veröffentlicht. Dort heißt es genau zu diesem Thema: *Wenn Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen wollen, darf dies nicht an für sie unklaren Zuständigkeiten und Kompetenzen der Verwaltung scheitern. Es bedarf Personal, welches in Fragen der Beteiligung gut ausgebildet ist, so dass funktionierende und nachhaltige Beteiligung gewährleistet werden kann. Dafür müssen auch die Veränderungen durch die Digitalisierung gemeinsam mit den Beschäftigten vorangetrieben und hierbei insbesondere auf eine effiziente und beteiligungsförderliche Umsetzung der digitalen Verwaltung geachtet werden.*

Eine konstruktive und rasche Umsetzung echter Bürgerbeteiligung steht auch den Kommunen in unserem Land gut zu Gesicht. Hierzu gibt es seit Jahren ein interessantes, praxiserprobtes Instrument mit dem Titel CONSUL [aus lat. consul, eigtl. „Berater, Befrager (des Senats, des Volkes)“, zu lat. consulere „Rat pflegen, beratschlagen, anfragen].

CONSUL ist das derzeit umfassendste Instrument der Bürgerbeteiligung für eine offene, transparente und demokratische Regierung, ausgezeichnet von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union, eingesetzt inzwischen in 23 Ländern, von 120 Organisationen für über 90 Millionen Bürger.

Mit diesem Instrument versuchen Städte, ihr Miteinander mithilfe von modernen Technologien offener, transparenter und partizipativer zu gestalten. Consul belebt den urbanen, digitalen Diskurs und ermächtigt die Bürgerinnen und Bürger, die Geschicke des kommunalen Miteinanders selbst zu gestalten. Dabei stützt sich Consul auf fünf Säulen:

Bürgerhaushalte - Bürgerinnen und Bürger können Ausgabenvorschläge für Teile des städtischen Budgets machen, um Projekte in der Stadt umzusetzen. Die Vorschläge, die die meisten Stimmen erhalten, werden umgesetzt. In Madrid etwa bestimmten die Bürgerinnen und Bürger über 100 Millionen Euro.

Vorschläge - Bürgerinnen und Bürger können Ideen für neue Gesetze oder Aktionspläne, die in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung fallen, einbringen und unterstützen. Erreichen sie ein gewisses Quorum, wird darüber abgestimmt.

Abstimmungen - Es kann sowohl über Vorschläge von Bürgerinnen und Bürger als auch von Institutionen abgestimmt werden. Außerdem ist es möglich, das gesamte Stadtgebiet oder nur bestimmte Bezirke einzuschließen.

Debatten - Consul bietet eine Diskussionsplattform, die nicht zu einer direkten Entscheidungsfindung führt, sondern der Stadt Zugang zur öffentlichen Meinung verschafft und den Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit gibt sich untereinander auszutauschen und ihre Erfahrungen einzubringen.

Kollaborative Gesetzgebung - Aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Ausarbeitung von Regelwerken und Aktionsplänen, Entwürfe hierzu können kommentiert und diskutiert werden.

Wir halten die Beschäftigung mit diesem Instrument für aktuell und geboten und stellen hierzu folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Erkrath beschließt:

**Zur Vorstellung der Idee der Bürgerbeteiligungsplattform CONSUL lädt der Rat der Stadt Vertreter von CONSUL zu einer öffentlichen Vorstellung des Instruments und zur Berichterstattung von Erfahrungen aus praktizierenden Kommunen ein. Zu dieser Vorstellung werden in der Kommune aktive Organisationen und Initiativen ausdrücklich eingeladen.**

Einladung an CONSUL:

Simon Strohmenger

Campaigner

Tel.: 089-4622-4205

Mobil: 0160-96202426

[simon.strohmenger@mehr-demokratie.de](mailto:simon.strohmenger@mehr-demokratie.de)

Peter Knitsch

Bernhard Osterwind

Ralf Lenger

Markus Lenk